

In der Falle der Ideologie

SPD nach dem Nahles-Rücktritt: Ein Requiem auf die älteste Volkspartei Deutschlands

Kurt Zach

Der SPD-Vorsitz sei „das schönste Amt der Welt neben Papst“, schwärmte einst Franz Müntefering, der es gleich zweimal bekleidete. Ein Schleudersitz war es da auch schon. Fünfzehn Vorsitzende hat die SPD seit dem Zweiten Weltkrieg verschlissen, acht davon in den letzten zwei Jahrzehnten. Auch Andrea Nahles, die ihr ganzes Funktionärsleben darauf hingearbeitet hatte, hat es jetzt hingeworfen, als der Druck zu groß geworden war. Haben will es aber offenbar niemand mehr.

Auch keiner aus dem „Trio“, das sich aus dem hessischen Dauer-Wahlverlierer Thorsten Schäfer-Gümbel und den beiden letzten SPD-Ministerpräsidentinnen Maria Luise Dreyer und Manuela Schwesig formiert hat und das die Sozialdemokratie „in dieser schwierigen Phase begleiten“ will, bis sich ein neuer Chef gefunden hat.

Das klingt verdächtig nach letztem Geleit. Und todgeweiht sieht die SPD derzeit tatsächlich aus. Die letzten Wahlen waren Desaster und Demütigung. Und die Umfrageergebnisse danach: Eine Katastrophe. Auch im Bund ist die SPD derzeit nur noch mit Mühe zweistellig und droht hinter die AfD zurückzufallen. Ergebnisse um die 25 Prozent, die zu Schröders und „Müntes“ Zeiten noch als Schande und für Schulz und Nahles immerhin noch als Silberstreif gegolten hätten, werden jetzt den Grünen zugeschrieben. Die schicken sich derzeit an, die Sozis als linke Führungskraft abzulösen und zur Splitterpartei zu degradieren.

Das ist nicht über Nacht gekommen. Es ist die logische Endstation einer Entwicklung, die in den siebziger Jahren der alten Bundesrepublik begonnen hat, als linke Lehrer und intellektuell verquaste Radikalinskis begannen, die altherwürdige Arbeiterpartei zu entern.

Die linksextremen Wirrköpfe, die vom wirklich wahren Sozialismus träumten und die DDR als das bessere Deutschland hochleben ließen, wurden von der alten SPD-Basis der Arbeiter, Handwerker und Bergleute erst nicht für voll genommen. Jetzt sind sie selbst die Partei, die Funktionärsgestalten und Schwadronneure wie Kevin Kühnert und Andrea Nahles nach oben spült; und von der einst breit verankerten Basis sind nur noch ausgebrannte Schlacken übrig.

Natürlich: Die Auflösung traditioneller Milieus und der Verlust einst selbstverständlicher Stammwählerschaften hat viele Ursachen – demographische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle –, und alle bisherigen Volksparteien sind davon betroffen. Dennoch bleibt es die Eigenart der Sozialdemokratie, sich namentlich unter dem Druck der grünen Konkurrenz früher und gründlicher in die Abhängigkeit von Zeitgeist-Ideologen begeben zu haben, die sie von den Realitäten und Lebenswelten ihrer potentiellen Wähler Zug um Zug abgekapselt haben. Daß die Merkel-Union ihr auf diesem Irrweg im Schweinsgalopp nacheilt, komplettiert die Identitätskrise der Volksparteien, hilft der SPD aber auch nicht aus ihrer Misere.

Die besteht im Kern darin, daß Parteiapparat und Funktionärsschicht sich mittlerweile in einem Paralleluniversum befinden, von dem aus sie große Teile der Bevölkerung gar nicht mehr erreichen können. Die „ganz normalen Leute“ nämlich haben mit Luxusproblemen wie „Klimaschutz“ oder der korrekten Subventionierung teurer und praxisuntauglicher Elektroautos herzlich wenig am Hut.

Frauenquoten für Vorstände oder Fernsehredaktionen helfen diesen Normalbürgern ebensowenig dabei, über die Runden zu kommen, wie Abschiebestopps und Taschengelderhöhungen für illegale Einwanderer, die sie über wachsende Abgabenlasten mitzufinanzieren haben. Wenn dagegen der Familiendiesel über Fahrverbote und Öko-Plaketten kalt enteignet wird, Strom, Heizen und das Pendeln zur Arbeit durch Energiewende und CO2-Steuern immer teurer werden, der Spitzensteuersatz schon beim Facharbeiter zuschlägt und der Traum vom Eigenheim in den Spekulationsblasen der Euro-Rettung zerplatzt, dann trifft sie das in ihrem täglichen Kampf um ein gutes Leben und gegen den Abstieg bis ins Mark.

Die SPD war einmal die Partei der selbstbewußten, aufstiegsorientierten Arbeiter, die dafür schufteten, daß es ihnen und ihren Kindern einmal besser gehen sollte. Heute ist sie ein Lobbyverein der ideologischen Sektierer und des „Lumpenproletariats“, wie Marx und Bebel wohl Leute genannt hätten, die auf ehrlicher Leute Kosten essen wollten, ohne zu arbeiten. Ihr Nachkriegsvorsitzender Kurt Schumacher, für den Kommunisten „rotlackierte Faschisten“ waren, würde höchstwahrscheinlich mit Ausschlußverfahren überzogen wie heutzutage Thilo Sarrazin.

Solange das so bleibt, ist es in der Tat völlig egal, wer als nächster den Schleudersitz des SPD-Vorsitzenden besteigt. Jeder Nachfolger von Andrea Nahles, der nicht den Mut aufbringt, sich von der „Klimaschutz“- und Multikulturalismus-Religion loszusagen und die Realität und die ganz konkreten Interessen der arbeitenden und abstiegsbedrohten Mittelschicht in den Blick zu nehmen, wird nur ein weiterer Konkursverwalter sein, bis der letzte dann endlich das Licht ausmacht.

Utopisches Schwärmertum hat schon bei den Grünen seine Heimat, dogmatischer Sozialismus bei den kommunistischen Betonköpfen von der „Linken“; für beides braucht man die SPD nicht. Zwangsläufig ist ihr Untergang trotzdem nicht. Die dänischen Sozialdemokraten haben vorgemacht, wie man sich aus der Ideologiefalle befreit: Mit einer knallhart restriktiven Migrations- und Integrationspolitik sind sie wieder auf Erfolgskurs.

Er wüßte schon, was zu tun wäre, wenn er SPD-Parteivorsitzender wäre, meint Thilo Sarrazin. Daß ausgerechnet er das „schönste Amt der Welt“ bekommt, ist allerdings noch unwahrscheinlicher als seine Berufung auf den Papstthron. Das Requiem auf die einst große Arbeiterpartei SPD darf schon mal angestimmt werden.

Grüne und AfD

Dem Klima-Rausch folgt der Kater

Dieter Stein

Wie ist der phänomenale Anstieg der Grünen seit der Bundestagswahl 2017 zu erklären? Damals wurde die Ökopartei noch mit 8,9 Prozent nur kleinste Oppositionskraft. Bei der EU-Wahl verdoppelte sie ihr Ergebnis auf 20,5 Prozent – die jüngste Insa-Umfrage sieht sie im Bund gar ein Prozent hinter der Union bei 25 Prozent. Der Platz eins ist zum Greifen nahe: Ist Robert Habeck „unser nächster Kanzler“, wie der Stern vor einer Woche titelte?

Der Höhenflug der Grünen setzt sich aus drei Punkten zusammen: Personal, Inhalte, Medien. Mit Robert Habeck und Annalena Baerbock setzten sich zwei Sympathieträger anstelle des verbrauchten Duos Simone Peter und Cem Özdemir durch. Die Grünen rüsteten mit asymmetrischer Demobilisierung ab, drängten Verbotsthemen in den Hintergrund und besetzten subversiv sogar ein Thema, das bislang als „rechts“ galt: Heimat. Obwohl die Grünen mit dem Prinzip offener Grenzen, unkontrollierter Einwanderung und der Absage an den Nationalstaat für Auflösung traditioneller Heimat stehen, gelang es ihnen, den Begriff zu okkupieren und „in die Mitte“ zu integrieren und ihr „bürgerliches“ Image zu schärfen.

Ausschlaggebend ist aber, daß die Grünen die traditionelle Medienmacht im Rücken haben: Journalisten sind in ihrer Mehrheit Anhänger der Grünen und Feinde der AfD. Die konzertierte Klima-Kampagne wurde von den meisten Medien penetrant verstärkt. Politiker der Grünen wurden 2018 viermal häufiger in Talkshows eingeladen als die der AfD.

Trägt diese Stimmung weiter? Tatsächlich erinnert die Klima-Hysterie an das „Willkommens“-Sommermärchen 2015, als sogar die Bild-Zeitung meinte, sich mit dem Antifa-Slogan „Refugees welcome“ als Aufkleber profilieren zu müssen und Politiker aller Parteien (außer der AfD) sich überboten, an der Spitze die Kanzlerin, weltoffener als die Grünen zu sein. Doch damals folgte rasch Katerstimmung.

Nicht viel anders kann es bei der Klima-Hysterie sein. Auf dem Höhepunkt einer Phase wirtschaftlicher Prosperität fahren wir unsere Energieversorgung an die Wand, zahlen den teuersten Strom, ruinieren unsere Autoindustrie und phantasieren uns bei einem Anteil von zwei Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoß in den Größenwahn hinein, wir Deutschen könnten mal wieder nichts weniger als die Welt retten. Die Ernüchterung ist programmiert.

Andererseits: Nachhaltig zu wirtschaften, Ressourcen zu schonen, nicht über seine Verhältnisse zu leben, skeptisch gegenüber technischer Machbarkeit und Konsumismus zu sein – das sind grundkonservative Prinzipien. Die AfD würde sich überflüssig machen, wenn sie das Thema Ökologie der Linken überließe. Bei den kommenden Landtagswahlen im Osten wird aber vor allem wieder eines im Zentrum stehen: Heimat – und wer sie gegen Überfremdung schützt.

„Der kalte Griff nach der Macht“

Steckt hinter dem Strache-Ibiza-Video ein weiterer, ganz anderer Skandal? Haben Kanzler Kurz und die ÖVP versucht, die Affäre zu nutzen, um putschartig die ganze Regierung zu übernehmen? Das meint Herbert Kickl, bis zum Koalitionsbruch Innenminister der FPÖ

Moritz Schwarz

Herr Kickl, welche „falsche Geschichte“, wie Sie sagen, wird über die Folgen der „Ibiza“-Affäre erzählt?

Herbert Kickl: Eines vorweg: Als das Video veröffentlicht wurde, war für uns in der FPÖ klar, daß es Konsequenzen geben muß und die beiden Akteure zurückzutreten haben. Die ÖVP und Sebastian Kurz stellten allerdings die Abläufe nach dem Erscheinen des Videos falsch dar. Und auch die Begründung, warum ich als Innenminister unbedingt wegmußte, ist nur vorgeschoben.

Wie war es nach Ihrer Ansicht tatsächlich?

Kickl: Es gab am betreffenden Freitag und Samstag Gespräche zwischen Sebastian Kurz, seinem Berater Stefan Steiner, HC Strache und mir. Darin ging es um den Rückzug Straches aus allen Funktionen und um eine Weiterführung der Regierung mit Norbert Hofer als Vizekanzler sowie um ein „Transparenz-Paket“, das man auch als eine Art moralischen Kompaß bezeichnen könnte.

Ging es auch um Ihre Ablösung?

Kickl: Daß ich aus dem Innenministerium weichen sollte, war nicht einmal ansatzweise Thema. Dem Bundeskanzler war merkwürdigerweise nur wichtig, daß HC Strache in seiner Rücktrittsrede nicht sagen soll, daß er aus allen Ämtern zurücktritt, damit die erfolgreiche Regierungsarbeit weitergehen kann. Strache hat seine Erklärung – wie vereinbart – Samstag mittag abgegeben. Auf die Erklärung des Kanzlers, die unmittelbar danach folgen sollte, haben wir dann gewartet und gewartet – aber sie kam bis zum Abend nicht. Dafür wurde im Verlauf des Samstags von Sebastian Kurz die Forderung gestellt, ich müsse das Innenministerium verlassen und es dürfe mir auch kein anderer Freiheitlicher nachfolgen. Das zeigt, daß es der ÖVP nicht um die Staatsräson und nicht um das Regierungsprojekt ging. Es ging ihr einzig und allein um Machtpolitik und um die Rückgewinnung des Innenministeriums für die ÖVP, das 17 Jahre lang den Mittelpunkt schwarzer Netzwerke in dieser Republik gebildet hat.

Eine Theorie lautet, Sie seien Kurz als Innenminister zu erfolgreich gewesen.

Kickl: Faktum ist: Der freiheitliche Innenminister mußte raus aus dem Innenressort und, wie gesagt, kein anderer Freiheitlicher durfte nachrücken. Und das, obwohl wir in der Tat diejenigen gewesen sind, die in diesem Ressort mit der Asyl- und Migrationspolitik den populärsten Teil der Regierungsarbeit geleistet haben. Punkt für Punkt haben wir abgearbeitet, was wir der Bevölkerung vor der Wahl und dann im Regierungsprogramm versprochen haben, indem wir eine effiziente, effektive und geordnete Asyl- und Fremdenpolitik gewährleisteten. Und wenn

Sebastian Kurz die Erfolge dieser Regierung aufzählt, dann fallen allerspätestens im zweiten Satz Begriffe wie „illegale Migration eingedämmt“ oder „Kampf gegen illegale Migration“. Es wird nicht müde zu betonen, wie erfolgreich wir in diesem Bereich gewesen sind – nur versucht er, diese Erfolge auf sein Konto zu buchen. In Wahrheit jedoch lautet das Fazit der Regierungsarbeit in einem Satz zusammengefaßt: Die FPÖ hat die illegale Migration bekämpft, die ÖVP das Plastiksackerl. Und dann hat die angebliche Partei der Mitte, die ÖVP, die Diktion von linken und grünen Demonstranten übernommen: „Kickl muß weg!“

Kurz dagegen nennt andere Gründe, nämlich Sie hätten unangemessen auf den Fall „Ibiza“ reagiert sowie daß dessen Aufklärung mit Ihnen als Innenminister nicht möglich sei – Begründung: Zur Zeit der Entstehung des Videos waren Sie FPÖ-Generalsekretär und somit zuständig für deren Finanzfragen.

Kickl: Wenn es Sebastian Kurz als unangemessen empfindet, daß man seinen kalten Griff nach hundert Prozent der Macht im Staat nicht widerspruchlos hinnimmt, sagt das mehr über die ÖVP und ihn aus als über mich. Und als Generalsekretär trägt man für etliche Dinge in der FPÖ die Verantwortung, für eines aber sicher nicht, nämlich die Finanzen. Dafür gibt es den Finanzreferenten – und der war und bin ich nicht. Das sollte Kurz eigentlich wissen. Auch die zweite Behauptung, die aufgestellt wurde, ein freiheitlicher Innenminister würde der Aufklärung im Weg stehen, ist Blödsinn. Erstens ist die Herrin des Verfahrens immer noch die Justiz – und die war zum damaligen Zeitpunkt ÖVP-besetzt. Zweitens habe ich selbst das größte Interesse an der Aufklärung. Das gilt sowohl für das, was in dem Video gesagt wird, als auch für die Suche nach den Hintermännern. Und drittens erinnere ich an den Fall Ernst Strasser: Gegen den ehemaligen ÖVP-Innenminister wurde unter einem ÖVP-geführten Justizministerium und einem ÖVP-geführten Innenministerium wegen Korruption ermittelt – ohne daß irgend jemand die Ablöse dieser Ressortchefs gefordert hätte.

Sie haben auch erwidert, daß ja die ÖVP-Staatssekretärin Karoline Edtstadler für die Ermittlungen in Sachen „Ibiza“ zuständig gewesen wäre. Aber hätten Sie nicht doch Einfluß gehabt, da sie zu Ihrem Ministerium gehört hat?

Kickl: Angeblich wurde Frau Edtstadler ja sogar als ÖVP-Aufpasserin für mich installiert, hieß es am Anfang in den Medien. Aber im Ernst: Die Staatssekretärin hatte einen eigenen Verantwortungsbereich, festgehalten in der sogenannten Bestallungsurkunde, und dazu gehörte auch das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung. Das ist diejenige Behörde, die für solche Ermittlungen zuständig ist. Als ich Innenminister wurde, habe ich diese Einteilung bewußt so gewählt, um nur ja nicht irgendwann auch nur irgendeinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen. Ich hätte natürlich theoretisch per Weisung in ihre Amtsführung in diesem Bereich eingreifen können. Aber glauben Sie mir: Ein solcher Versuch wäre noch am gleichen Tag in den Medien aufgeschlagen.

Ihrerseits haben Sie den Vorwurf erhoben, das ÖVP-geführte Justizministerium habe in Sachen „Ibiza“ Ermittlungen verhindert. Gibt es Beweise dafür?

Kickl: Das kann man aus Medienberichten nachvollziehen, wenn man eins und eins zusammenzählt. Ich sage Ihnen nur ein paar Punkte: Erstens wurde einem Bericht des Kurier zufolge unmittelbar nach Erscheinen des Videos seitens des Justizministeriums sinngemäß verlautbart, man sähe keine unmittelbare Ermittlungsnotwendigkeit. Am Samstag schaltete sich in plötzlichem Wochenendeifer die Oberstaatsanwaltschaft Wien – eine Aufsichtsbehörde wohlgerne, kein operatives Organ – in das Geschehen ein. Tenor: Es bestehe kein Anfangsverdacht. Am Sonntag gab es, wie man Medienberichten entnehmen konnte, einen Auftrag dieser Oberstaatsanwaltschaft Wien an die Korruptionsstaatsanwaltschaft, Erkundungen anzustellen. Erkundungen aber sind keine Ermittlungen, das ist ein feiner Unterschied. In der Zwischenzeit wird, soweit ich das Medien entnehme, ermittelt. Aber es sind wertvolle Stunden und Tage verstrichen, in denen Namen mutmaßlicher Hintermänner medial längst bekannt waren und somit massive Verdunkelungsgefahr bestand und bis heute besteht.

Wenn das Motiv für Kurz' Forderung nach Ihrer Ablösung und Übergabe des Innenministeriums an die ÖVP der Griff nach mehr Macht war – wie Sie sagen –, dann relativiert das allerdings ein anderes Motiv, über das in freiheitlichen Sympathisantenkreisen spekuliert wird, nämlich: Ein blauer Innenminister muß weg, weil angeblich eventuelle Spuren der Affäre zur ÖVP führten.

Kickl: Die alte ÖVP – insbesondere in ihrer Hochburg Niederösterreich – wollte eine kalte Machtübernahme im Innenressort. Dazu war ihr jeder Vorwand recht, nach dem Motto: Irgend etwas wird schon hängenbleiben. Kurz' Beraterstab, der ihn ja im Auftrag der alten ÖVP steuert, hat ihm in seine Ansprachen vorsorglich einen bunten Strauß an Vorhalten und Behauptungen hineingepackt. Ein sachlicher Grund aber kann es nicht gewesen sein, wegen dem man mir den „Räumungsbescheid“ zugestellt hat. Das ist widerlegt. Die Behauptung, ich hätte Ermittlungen verzögert, ist auch widerlegt. Ich könne nicht gegen mich selbst ermitteln – widerlegt. Und dann muß man sich die Frage stellen: Was kann es dann sonst sein? Und unabhängig davon stellt sich noch eine Frage: Was haben etwa meine Amtsvorgänger, die beide aus der ÖVP Niederösterreich kommen, zu befürchten, wenn sich im Innenressort ein freiheitlicher Minister hält? Jetzt wo die österreichische EU-Ratspräsidentschaft abgearbeitet ist, wo wir den BVT-Untersuchungsausschuß bald hinter uns haben – BVT meint das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung –, hätte ich mich mit meinem Team vielleicht intensiver mit den Strukturen in diesem Haus auseinandersetzen können. Neben der Fortführung der konsequenten Asylpolitik und der BVT-Reform sowie der Verbesserung der Infrastruktur für die Polizei hätte ich als Innenminister als nächstes alle Beschaffungsvorgänge des Ministeriums genau unter die Lupe genommen. Warum wurde welcher Auftrag an wen vergeben? Ist alles sachlich nachvollziehbar? War alles korrekt? Vielleicht hat diese geplante Kontrolle im Interesse der Steuerzahler auch manche gestört.

Kommen wir noch einmal zum Video zurück: Angeblich soll es schon vor zwei Jahren den etablierten Parteien zum Kauf angeboten worden sein, doch hätten die abgelehnt. Wenn das stimmt, dann führen keine Spuren zu ÖVP oder SPÖ.

Kickl: Eine der Kernfragen ist doch: Wem nützte das Video? Und wem nützte es genau zu diesem Zeitpunkt? Sie wissen, daß Leute, die in sehr viel Kleinarbeit und auch im

journalistischen Verbund schon sehr viel ans Tageslicht befördert haben, gesagt haben, daß Personen, die das Video operativ hergestellt haben, auch für das Innenministerium – vor meiner Zeit – gearbeitet haben sollen. Die zweite Komponente ist, daß dieses Video in einer Art Verkaufsoffensive Vertretern oder Beratern der verschiedenen Parteien in Österreich angeboten wurde. Ich glaube, daß das noch aufzuklären ist und daß ein freiheitlicher Innenminister dann eventuell unangenehmer wäre, als wenn die Aufklärungsarbeit, die auch die ÖVP tangieren könnte, von ÖVP-Ministern überwacht wird. Wir werden in der Video-Affäre auf jeden Fall noch sehr viel Aufklärungsarbeit in den nächsten Wochen und Monaten zu leisten haben. Dann werden wir sehen, ob die Aussage von Sebastian Kurz, daß am Ende die Wahrheit immer ans Licht dringt, nicht noch eine ganz andere Bedeutung bekommt, als er das jetzt glaubt.

Ihnen ist im Innenressort zunächst Eckart Ratz, ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofs, also ein renommierter Experte und kein Parteienvertreter nachgefolgt. Was hatten Sie gegen das zunächst vom Kanzler aufgestellte Experten-Kabinett?

Kickl: All diese unabhängigen Experten waren lediglich Feigenblätter – die Gesichter im Schaufenster. Die Regierungsbüros wurden sofort von Personen aus der Volkspartei, dem ÖVP-Parlamentsklub, also der Fraktion, und aus dem direkten Umfeld beziehungsweise den Büros des nunmehrigen Alt-Kanzlers besetzt. Bei der Nationalratswahl 2017 hat die Volkspartei 31,5 Prozent erreicht – doch so hätte sie plötzlich hundert Prozent der Regierungsmacht in Händen. Denn die schwarzen Büromitarbeiter sollten die Fäden ziehen, den Kurs im Sinne der ÖVP bestimmen. Und was das für ein Kurs hätte sein sollen, haben wir im Innenministerium gleich gesehen: Man hat dort agiert, als wäre man eine NGO und nicht das Ministerium, das die Sicherheit der Österreicher zu gewährleisten hat.

Haben Sie aber schließlich nicht mit Ihrer Zustimmung im Parlament zum Mißtrauensantrag der SPÖ gegen Kanzler Kurz eine Staatskrise heraufbeschworen?

Kickl: Wie man sieht, gibt es keine Staatskrise. Mit der jetzigen Übergangs-Bundesregierung bin ich zuversichtlich, daß die von Kanzlerin Brigitte Bierlein ausgewählten Ministerinnen und Minister die Verwaltung gut weiterführen werden, ehe sich im Herbst bei Neuwahlen die Gelegenheit für neue politische Weichenstellungen bietet. Die Unterstützung des Mißtrauensantrags aber war ein Akt der parlamentarischen Notwehr gegen den rücksichtslosen Griff der ÖVP nach der Macht. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der versucht wurde, alle Ministerien in die zu Hand bekommen, hat das schwarze Machtkartell entlarvt: Die wahren Mächtigen sitzen in der ÖVP Niederösterreich, die sogenannte Generalvollmacht des Parteiobmanns also Parteichefs, Kurz ist nicht mehr als ein wertloses Stück Papier, wenn es darauf ankommt. Ich glaube ja, daß Kurz zu der Entscheidung getrieben wurde, eine sehr populäre Regierung in die Luft zu sprengen.

Sie sind bezüglich einer möglichen Neuaufgabe des schwarz-blauen Bündnisses skeptisch. Aber wie soll es ohne Koalitionspartner für die FPÖ politisch weitergehen?

Kickl: Eine Koalition ist immer eine Frage des Vertrauens. Für mich geht es jetzt darum, daß die Hintergründe dieses Videos aufgeklärt werden. Und darum, was tatsächlich der Grund dafür

war, daß das Innenressort partout nicht länger freiheitlich geführt sein durfte. Eines ist für mich sehr schwer vorstellbar: in eine Koalition zu gehen, wo sowohl das Justizressort als auch das Innenressort in Händen der ÖVP sind – das würde für die Republik nichts Gutes bedeuten. Aber es sind noch Monate bis zur Wahl, und in der Politik ist das eine halbe Ewigkeit. Wer weiß, was für Dinge noch an die Oberfläche kommen, die vielleicht ein ganz anderes Bild der letzten Tage und Wochen zeigen. Dann sind die Karten vielleicht ganz neu gemischt. Prinzipiell haben wir uns der Regierungsverantwortung nie verweigert und tun das auch jetzt nicht. Viele haben gesagt, die Freiheitlichen wollen nicht regieren – das haben wir widerlegt. Dann haben sie gesagt, wir können nicht verhandeln – das haben wir auch widerlegt. Und dann haben sie gesagt, die Freiheitlichen können nicht regieren – und auch das haben wir widerlegt. Sonst würde Sebastian Kurz nämlich nicht unter allen Errungenschaften unserer Regierungsarbeit immer gleich die Asyl- und Migrationspolitik nennen – denn die weist eindeutig freiheitliche Handschrift auf.

Herbert Kickl, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor saß der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre als Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Obmann (Vorsitzender) des FPÖ-Parlamentsklubs (Fraktion). Geboren wurde er 1968 in Kärnten.

Die Bestände sichern

Heimatvertriebene: Ihre Verbände müssen sich um das bedrohte kulturelle Erbe kümmern

Thorsten Hinz

Die Zeiten, in denen die Vertriebenen auf ihren Pfingsttreffen Fußballstadien und Marktplätze füllten und Politiker aller Parteien ihnen das Blaue vom Himmel versprachen, um ihre Wählerstimmen abzugreifen, sind lange vorbei. Der Bund der Vertriebenen (BdV) spielt seit Ende 2014, als seine streitbare Präsidentin Erika Steinbach sich aus dem Amt verabschiedete, in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr.

Auf der Startseite des Internet-Auftritts des BdV und auf der Titelseite des zweimonatlich erscheinenden Deutschen Ostdienstes ist der Handschlag zwischen dem amtierenden BdV-Präsidenten Bernd Fabritius und der Kanzlerin abgebildet. Fabritius gehört der CSU an. Bei den Bundestagswahlen 2017 verlor er sein Abgeordnetenmandat und wurde daraufhin zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ernannt. In Interviews erweckt er den Eindruck, daß seine Hauptaufgabe darin besteht, die

rußlanddeutschen Aussiedler als letzte kompakte Vertriebenen-Klientel davon zu überzeugen, Union statt AfD zu wählen.

Auf dem diesjährigen Jahresempfang des BdV am 9. April, bei dem auch die Kanzlerin anwesend war, sagte er: „Unsere Arbeit ist gesellschaftlich relevant, weil wir über unsere Verbände und deren Akteure in der Mitte der Vereine, der Kommunen, der Kirchengemeinden und der wohltätigen Organisationen im Sinne und im Dienste der Zivilgesellschaft wirken!“

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Fast am gleichen Tag löste sich in der Stadt Rathenow westlich von Berlin der BdV-Gebietsverband auf. Der Beschluß wurde von den anwesenden 25 Mitgliedern einstimmig gefaßt. 1990 gegründet, hatte er zeitweilig bis zu 300 Mitglieder gezählt. Offizielle Vertreter waren nicht anwesend, der CDU-Bürgermeister übermittelte schriftlich ein Grußwort. Die 500 Euro auf dem Vereinskonto wurden an das Zentrum gegen Vertreibung überwiesen, die Unterlagen kommen ins Stadtarchiv.

Kreis- und Ortsverbände werden liquidiert

Die Liquidation in Rathenow steht für eine allgemeine Entwicklung. Sie betrifft BdV-Kreis- und Ortsverbände in den alten und neuen Ländern, so in Amberg, Braunschweig, Ellwangen, Mülheim an der Ruhr, Pasewalk oder Verden. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Die Gründe sind immer die gleichen: Mitglieder ziehen sich zurück, scheiden aus, weil sie krank, überaltert, gestorben sind, Nachwuchs ist nicht in Sicht. Eine Organisation, deren Gründungszweck geschichtlich geworden ist, zieht sich aus der Fläche zurück. Höchstens die Lokalpresse nimmt davon Notiz.

Kommen Selbstüberschätzung und professionelles Ungeschick hinzu, geraten auch Zentralverbände in den Abwärtssog. Die Pommersche Landsmannschaft, die in den letzten 20 Jahren mehrere Rücktritte und Vakanzen in der Führung zu verkraften hatte, ist seit dem Verlust des Pommernzentrums in Lübeck-Travemünde und der Einstellung der Pommerschen Zeitung als öffentliche Organisation praktisch nicht mehr vorhanden. („Im finalen Stadium“, JF 3/18) Nicht einmal einen Internet-Auftritt bringt sie mehr zustande. Als einzige Kontaktmöglichkeit dient die Privatanschrift der 82jährigen Präsidentin. Es ist von einiger Symbolik, daß das Hauptgebäude des ehemaligen Zentrums von einer türkischen Event-Agentur übernommen wurde, die Festivitäten im Stile von Tausendundeiner Nacht ausrichtet.

Vertriebenenarchive befinden sich in Auflösung

74 Jahre nach Kriegsende ist vieles davon unvermeidlich. Die letzte bewußte Erlebnisgeneration tritt altersbedingt ab. Unerledigt aber sind die Archivalien, Dokumente, Erinnerungstücke, Fluchtberichte, Sammlungen, die in Heimatstuben und Heimatkreisarchiven lagern. Sie waren den ostdeutschen Heimatkreisen von ihren westdeutschen Patenstädten einst zur Verfügung gestellt worden und bildeten über die Jahrzehnte einen Treff-, Sammel- und ideellen Bezugspunkt. Im allgemeinen Auflösungsprozeß verlieren sie ihren Sinn und befinden sich ebenfalls längst in Auflösung.

In dieser Situation ist es um so bedauerlicher, daß auch bei den zentralen Kultureinrichtungen der Vertriebenen der schleichende Tod umgeht. So hat die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (seit 2008 „Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR“), die 1950 als bildungspolitische Einrichtung gegründet wurde, Ende April 2019 still und leise ihre Tätigkeit eingestellt. In der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ in Bonn arbeitet nur noch eine Fachkraft; beim Kulturwerk Schlesien in Würzburg sind es vorläufig noch zwei.

Der Abstieg begann spätestens im Jahr 2000, als der banausenhafte Kulturstaatssekretär Michael Naumann (SPD) die Förderung für alle Kultur-institutionen der Vertriebenen strich. Es ging Naumann nicht etwa um die Straffung oder Zusammenlegung von Parallelstrukturen und eine Neuausrichtung der Aufgaben – denkbar wäre die Erfassung und zentrale Zusammenlegung ostdeutschen Archivgutes gewesen –, sondern um den ideologischen Kehraus. Der OKR, der unter anderem 1989 das Buch „Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen“ herausgegeben hatte, konnte seinen Betrieb nur aufgrund von Stiftungsvermögen noch fast 20 Jahre aufrechterhalten.

Glücklicherweise erstellt das Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde der Christian-Albrechts-Universität in Kiel in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg eine Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland, die im Internet einsehbar ist. Daraus ergibt sich, daß es keine einheitliche Strategie für den Umgang mit den Exponaten und den Heimatkreisarchiven gibt. Einige werden an geeignete Museen und Institute übergeben, andere werden privat verwaltet, verschwinden einfach oder gehen in die Ursprungsorte, die heute jenseits der Grenze liegen.

Das Heimatkreisarchiv Marienburg wurde Anfang 2018 von Hamburg an dem neu eröffneten Stadtmuseum Malbork übereignet. Das komplette Archiv der Memelländer befindet sich seit 2011 in Litauen; in Deutschland gab es dafür keine Räumlichkeiten mehr. Das Interesse der Polen und Litauer ist erfreulich, doch wirken solche Aktionen improvisiert, unkoordiniert und unprofessionell und bedeuten einen kulturellen Verlust.

Aussichtslose Kämpfe gegen den feindlichen Zeitgeist

Und es geht noch schlimmer: 2015 wurde das Ostheim in Bad Pyrmont, eine Einrichtung der Landsmannschaft Ostpreußen, abgewickelt. Die in jahrzehntelanger Arbeit zusammengetragene Bibliothek wurde auf dem Flohmarkt verramscht. In Siegen befand sich von 1972 bis 2012 die Bibliothek „Johann G. Herder Bibliothek Siegerland“, die ungefähr 32.000 Bücher und Zeitschriften umfaßte. Nachdem ihr die Räumlichkeiten gekündigt worden waren, übernahm die Bibliothek der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) genau 4.089 Bände, vornehmlich Literatur über die einstigen deutschen Ostgebiete. Der ganze große Rest samt gebundenen Jahrgängen der Pommerschen Zeitung, des Schlesiers, des Ostpreußenblatts und anderen Zeitungen, des weiteren Regale, Schränke, Karten landete in der Papiermühle und im Sperrmüll.

Trotz musealer Leuchttürme, wie sie in Görlitz, Greifswald oder Lüneburg errichtet worden sind, haben Bund und Länder dem Kulturerbe der Vertreibungsgebiete nie die angemessene Zuwendung geschenkt. Doch auch die Landsmannschaften und ihr Dachverband haben Fehler begangen. Statt sich auf das Machbare zu konzentrieren, das Haus zu bestellen und die Bestände unter Dach und Fach zu bringen, haben sie aussichtslose Abwehrkämpfe gegen den zunehmend feindlichen Zeitgeist geführt.

Völlig falsch eingeschätzt wurde der Effekt der Wiedervereinigung. Sie brachte für die Vertriebenenorganisationen keinen politischen Aufbruch, sondern das faktische Ende ihres politischen Mandats. Die Grenzfrage war nun endgültig abgehakt, die Eingliederung ohnehin abgeschlossen. Die Vertriebenen in der Ex-DDR waren glücklich, daß sie ihre Herkunft nicht mehr verleugnen mußten, doch mit den 4.000 D-Mark, die sie als symbolische Entschädigung erhielten, hatten sich ihre praktischen und materiellen Erwartungen ebenfalls erfüllt. Der Vorschlag, den die Grünen-Politikerin Antje Vollmer vor 20 Jahren machte, den BdV in einen Kultur- und Geschichtsverein umzuwandeln, war aus heutiger Sicht nicht der schlechteste. Vielleicht hätten Bund und Länder im Gegenzug die Transformation sogar finanziell und organisatorisch begleitet.

Es hat ja etwas Rührendes, wenn zum Beispiel ein „Pommerscher Kreis- und Städtetag“ weiter unverdrossen in Hinterpommern „verständigungspolitische Tagungen“ abhält, deren Hauptpunkt im „gemütlichem Beisammensein“ besteht. Ihre Relevanz für die Öffentlichkeit liegt bei Null. Es ist die letzte große Aufgabe der Vertriebenenorganisationen zu verhindern, daß ihr angesammeltes kulturelles, archivalisches, bibliophiles Erbe – zu dem auch private Nachlässe zählen – gänzlich verstreut, verschleudert oder vernichtet wird. Ihr sollten sie ihre ganze verbliebene Kraft widmen.